

Wehrpolitische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **16 (1936-1937)**

Heft 8

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wehrpolitische Rundschau

Wendepunkt.

Betrachten wir gegen Ende des Jahres den Stand unseres Wehrwesens und seine Entwicklung im abgelaufenen Jahre, so kommen wir zur Feststellung, daß das Jahr 1936 für unsere Landesverteidigung in mehr als einer Hinsicht zum Wendepunkt geworden ist. Es sind in diesem Jahre soviel entscheidende Wandlungen eingetreten oder wenigstens vorbereitet worden, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wir müssen schon zurückgehen bis zur Verfassungsrevision von 1874 und der darauf fußenden Militärorganisation, um eine wehrpolitische Entscheidung zu finden, die die Wandlungen unserer Epoche an Bedeutung übertrifft.

Betrachten wir zuerst die Lage der Schweiz im Verhältnis zu ihren Nachbarn. Wir haben uns bei der sprunghaften Entwicklung der europäischen Politik längst daran gewöhnt, daß auch in unserer militärischen Situation Wandlungen sozusagen von einem Tag auf den andern auftreten können. So stellen wir auch heute wieder fest, daß aus der engen Freundschaft der lateinischen Schwesterstaaten wieder ein sehr frostiges Verhältnis mit Neigung zu Spannungen entstanden ist. Die außenpolitische Abkühlung durch den abessinischen Krieg wird noch verstärkt durch den Gegensatz der politischen Systeme des Faschismus einerseits, der mit Rußland verbündeten Volksfront des Herrn Blum andererseits. Damit sind mit einem Schlag auch alle strategischen Möglichkeiten entfallen, die sich aus der Freundschaft der lateinischen Schwestern ergeben haben und die im Juniheft dieses Jahrgangs (S. 174) angedeutet worden sind. Auf der andern Seite ist aus dem deutsch-italienischen Gegensatz in kurzer Zeit eine Verständigung und Zusammenarbeit geworden, die sich auch auf Österreich und Ungarn erstreckt und in der europäischen Politik deutlich eine Achse Rom-Wien-Berlin in Erscheinung treten läßt. Militärpolitisch ergeben sich hieraus die gleichen strategischen Möglichkeiten, wie sie vor dem Weltkrieg bestanden haben zur Zeit, als der Dreibund noch in Blüte war. Immerhin sind die Aussichten für solche Möglichkeiten im Begriffe, sich grundlegend zu wandeln. Bisher mußten die Erfolgsaussichten eines Durchbruches durch die Schweiz hauptsächlich nach dem schweizerischen Widerstand abgeschätzt werden. Frankreich hatte die Befestigungen an seiner Juragrenze nicht erneuert, sondern lediglich Paris von Befestigungsmaterial bereit gestellt. Jedenfalls hatten also allfällige deutsche Pläne eines Durchbruches durch die Schweiz nicht mit modernen Befestigungen an der französischen Juragrenze zu rechnen. Das wird künftig anders sein, indem sich Frankreich entschlossen hat, die Maginotlinie, die gewaltige Befestigungslinie zwischen Basel und der belgischen Grenze sowohl nach Westen, der belgischen Grenze entlang, als auch nach Süden, der Schweizergrenze entlang, fortzusetzen. Die Aussichten eines deutschen Durchbruches durch die Schweiz mit Richtung auf Frankreich werden damit wesentlich herabgesetzt, sodaß solche Pläne an Wahrscheinlichkeit verlieren. Vielleicht trägt diese wesentliche Änderung in unserer militärpolitischen Lage dazu bei, die aufgeregten Gemüter in unserem Lande, die ständig in der Angst vor einem deutschen Überfall lebten, wieder etwas zu beruhigen. Was Frankreich anbelangt, so muß uns auffallen, daß der Entschluß zur Befestigung der Schweizergrenze zeitlich fast zusammenfällt mit dem Entschluß zur Befestigung der belgischen Grenze. Dieser letztere aber wurde bedingt durch die Neutralitätserklärung des Königs der Belgier. Für Frankreich genügte also die bloße Tatsache, daß Belgien künftig neutral sein will und nicht mehr zum französischen Militärsystem gerechnet werden kann, zur Erstellung von Grenzbefestigungen an

an der Nordgrenze. Das läßt die Annahme aufkommen, daß auch der Entschluß zur Befestigung der Schweizergrenze ähnlichen Überlegungen entsprungen ist. Die in letzter Zeit immer stärker zum Ausdruck gelangende *Neutralitätspolitik* unseres Bundesrates, Hand in Hand mit unsern gewaltigen Anstrengungen zur Verbesserung unserer Landesverteidigung, hatten wohl zur Folge, daß auch in Frankreich unsere Neutralität wieder ernst genommen wird, nachdem vorher aus der französischen Fach- und Tagespresse deutlich zum Ausdruck kam, man betrachte die Schweiz zum vorneherein als Bundesgenossen und unsere Armee als Verbündeten im Kampf gegen den einen gemeinsamen Feind. Demgegenüber hat gerade auch unser Wehrminister immer wieder betont, daß sich die Rüstungen der Schweiz in absoluter Neutralität gegen jeden Angreifer richten. Nachdem man die Schweiz in Frankreich lange als zum französischen Militärsystem gehörend betrachtet hatte, gestützt auch auf vereinzelte Stimmen aus der welschen Schweiz und auf die seltsame „Neutralitäts“-Aufassung unserer marxistischen und antifascistischen Kreise, scheint man neuerdings, wie erwähnt, unsere Neutralität wieder ernst zu nehmen und hinter die erhoffte Allianz ein großes Fragezeichen zu setzen. Sorgen wir dafür, daß auch andere Nachbarn, die nicht mehr an unsere Neutralität glauben und uns schon mit ziemlicher Sicherheit zu ihren Gegnern zählen, wieder Vertrauen erhalten in unsern absoluten Neutralitätswillen. Ohne das allseitige Vertrauen unserer Nachbarn in unsern unbedingten Neutralitätswillen können uns auch die gewaltigsten Anstrengungen für unser Wehrwesen nicht davor bewahren, in einen künftigen Konflikt miteinbezogen zu werden!

Noch entscheidender als die grundsätzliche Wandlung in unserer militärpolitischen Lage dürfte der in verschiedenen Maßnahmen zum Ausdruck gelangende *wiedererstarke Wehrwille* unseres Landes zu werten sein. Allerdings kommen die Anstrengungen dieses Jahres nicht unvorbereitet. Sie wurden eingeleitet durch die große Bewaffnungsvorlage vom 3. November 1933 (82 Millionen-Kredit), die eine erste Verstärkung und Modernisierung unserer materiellen Mittel ins Auge faßte. Es folgte in Abänderung des Militärorganisationsgesetzes die Neuordnung der militärischen *Ausbildung* durch Verlängerung der Ausbildungszeit und die Bekundung unseres Wehrwillens durch die Volksabstimmung von 1935 mit einer annehmenden Mehrheit. Nach diesen vorbereitenden Maßnahmen zur Verstärkung unserer Landesverteidigung kam diesen Frühling die große *Rüstungsvorlage* im Kostenbetrag von 235 Millionen Franken, also fast des dreifachen Betrages der Bewaffnungsvorlage von 1933. Abgesehen von den Aufwendungen während der Grenzbesetzung 1914—1918 hat die Schweiz noch nie so gewaltige Summen ausgegeben für ihre militärische Bereitschaft. Und doch traf die Vorlage nirgends auf ernsthaften Widerstand. Zwar sprach sich der Parteitag der sozialdemokratischen Partei gegen die Rüstungsvorlage aus, allein die der sozialdemokratischen Partei angehörenden National- und Ständeräte hielten sich größtenteils nicht an den Parteibeschluß, sondern stimmten für die Vorlage oder enthielten sich der Stimme. Man kann die *gewaltige Wandlung*, die in der Annahme dieser Rüstungsvorlage zum Ausdruck kommt, erst richtig ermessen, wenn man sich erinnert, wie sich noch vor wenigen Jahren alljährlich langwierige und hartnäckige Debatten entwickelten um das Militärbudget, wie einmal die Räte kurzzeitig glaubten, das Militärbudget auf 85 Millionen Franken beschränken zu können, oder gar wie hartnäckig einst gerungen wurde um eine Flugzeugvorlage im Kostenbetrag von nur 20 Millionen Franken. Dieses Jahr ist das Zwölfwache jener Summe ohne ernstlichen Widerstand bewilligt worden, und das Volk hat die Verwirklichung der neuen Rüstungen möglich gemacht durch eine gewaltige Beteiligung an den Zeichnungen für die *Wehranleihe*. 235 Millionen werden die Aufwendungen betragen. Der Bundesrat hatte eine erste Rate von 80 Millionen Franken verlangt, und das Volk zeichnete in kurzer Zeit 330 Millionen Franken. Dieses überwältigende Resultat der Wehranleihe, deren Aus-

gang man im Bundeshaus wohl mit einigem Bangen entgegengesehen hatte, war eine große und starke Bekundung unseres Wehrwillens, die ihren Eindruck im Auslande nicht verfehlt hat. Es lag in diesem Resultat aber auch die Mahnung an die Bundesbehörden, ohne Zögern alles zu tun, um die Bereitschaft unserer Landesverteidigung sicherzustellen. Die verantwortlichen Bundesbehörden scheinen diese Mahnung auch verstanden zu haben und zeigen auf dem Gebiet der Landesverteidigung eine bemerkenswerte Initiative.

Wenn wir die Entwicklung unseres Wehrwesens durchgehen, stellen wir fest, daß die meisten Fortschritte nach einem Krieg erfolgten. Das beste Beispiel hiefür sind wohl die neue Bundesverfassung und die Militärorganisation von 1874, erlassen nach den schlimmen Erfahrungen, die die Grenzbesetzung 1870/71 mit sich brachte. Unter dem frischen Eindruck der damals zutage getretenen großen Mängel unserer Landesverteidigung schritt man sogleich zu ihrer Behebung durch eine Vereinheitlichung des Wehrwesens in der Hand des Bundes. Im Gegensatz hiezu zeigte sich nach dem Weltkrieg in unserem Lande eine sehr große Militärmüdigkeit und eine sehr zurückhaltende Einstellung gegenüber der Armee. Die Armee wurde gerade noch geduldet, aber während Jahren in keiner Weise gefördert. Die Auffassung, daß die Armee ein notwendiges Übel sei (mit Betonung auf Übel), war vorherrschend und wurde auch von vielen Behörden geteilt, bis sich selbst die Militärbehörden kaum mehr wagten, mit ihren Forderungen vor die Räte zu gelangen. Eine allgemeine Stagnation unserer Landesverteidigung war die Folge, umso schwerwiegender, als unsere Nachbarn während dieser Zeit schon mit der Modernisierung ihrer Rüstungen begannen. Auch die neue Truppenordnung von 1925 brachte keine wesentlichen Änderungen. Sie bedeutete im Grunde genommen nur die Fixierung und Stabilisierung der verschiedenen Abänderungen und Ergänzungen zur früheren Truppenordnung, die während des Aktivdienstes erfolgt waren.

Nach den langen Nachkriegsjahren, da unser Wehrwille nur noch sehr schwach war, ist es fast ein Wunder, daß die entscheidende Wandlung gekommen ist, bevor wieder ein Krieg oder eine Grenzbesetzung grobe Mängel unserer Landesverteidigung aufdeckte. Wir betrachten es als ein gutes Zeichen, daß der Wehrwille unseres Volkes diesmal ohne eine große Prüfung mächtig erstarkt ist, wenn wir auch nicht verkennen können, daß hinter diesem nun so demonstrativ bekundeten Wehrwillen in vielen Kreisen sich eine panische Angst vor Nationalsozialismus und Faschismus versteckt. Hauptsache ist uns aber, daß der Wehrwille überhaupt vorhanden ist, und daß er nun zur wesentlichen Verstärkung unserer Landesverteidigung führt, wobei sich wohl das ganze Schweizervolk einig ist in der Hoffnung, das Schicksal möge uns noch die nötige Frist gewähren, die wir zur Durchführung und Beendigung der jetzt beschlossenen und im Gange befindlichen Maßnahmen brauchen, bevor sich unsere Landesverteidigung in einem neuen europäischen Konflikt bewähren muß.

Im Zusammenhang mit der großen Rüstungsvorlage muß auch die neue **Truppenordnung** erwähnt werden, die von beiden Räten genehmigt wurde und uns auf den 1. Januar 1938 eine völlig neue Organisation unseres Heeres bringen wird. Die materiellen Voraussetzungen der neuen Truppenordnung sind bereits gegeben durch die Bewaffnungsvorlagen von 1933 und 1936; es handelt sich jetzt darum, die neuen Waffen organisch ins Heer einzugliedern und dieses im übrigen so zu organisieren, daß es den Anforderungen der heutigen Taktik und Kriegstechnik entspricht, das heißt auch zur Abwehr eines strategischen Überfalles zur Erde und in der Luft befähigt ist. Das bedingt tiefgreifende Umgestaltungen, auf die in einem späteren Artikel noch zurückzukommen sein wird.

Militärpolitisch bedeutsamer erscheint eine andere, sich noch in kleinstem Ausmaße bewegende Maßnahme: die versuchsweise Aufstellung einer ersten **freiwilligen Grenzschutzkompanie** im Dezember dieses Jahres. Die Rekrutierung dieser Kompanie — weitere werden nächstes Jahr folgen — erfolgt auf dem Wege der freiwilligen Meldung, wobei vor allem arbeitslose Wehrpflich-

tige berücksichtigt werden sollen. Die Dauer der Verpflichtung beträgt sechs Monate. Diese Freiwilligen-Kompagnien sollen als stehende Truppen unseren Grenzschutz verstärken und sind gedacht als ständige, jederzeit kampfbereite Besatzungen der verschiedenen kleinen Befestigungswerke, die an unseren Grenzen aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungskredites (6 Millionen) errichtet wurden oder in den kommenden Jahren noch errichtet werden aus Mitteln des großen Rüstungskredites, der hiefür 25 Millionen Franken bereit stellt.

Mit der Aufstellung solcher Freiwilligen-Kompagnien für den Grenzschutz verlassen wir zum ersten Mal das reine Milizsystem und gehen über zur Aufstellung stehender Truppen. Vielleicht ist die Aufstellung der ersten Freiwilligen-Kompagnie im Dezember 1936 ein Schritt von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft, dessen Tragweite wohl noch gar nicht in ihrem vollen Umfange abgeschätzt werden kann. Noch vor kurzem schien es ausgeschlossen, daß die Schweiz je von ihrem reinen Milizsystem abweichen könnte. Wir haben es fertiggebracht, selbst die Kavallerie und später die Fliegertruppe in der Milizarmee zu organisieren. Die Lösung für die Kavallerie bestand darin, den Soldaten das Militärpferd nach Hause mitzugeben, damit der Kavallerist seine Reitfertigkeit ständig erhalten kann. Für die Flieger mußte die Lösung so gesucht werden, daß die Piloten nach einer sehr langen Pilotenschule noch einige Jahre im aktiven Training bleiben. Dieses besteht darin, daß sie monatlich eine bestimmte Anzahl von Flugstunden absolvieren auf einem Militärflugplatz, ohne zu einem eigentlichen militärischen Kurs einzurücken. Die Piloten erhalten für die Dauer des Trainings eine bestimmte feste Entschädigung. Schon diese Lösung birgt den Keim des Berufs Soldaten in sich und ist zum mindesten als Übergang vom reinen Milizsystem zu einem gemischten System zu werdet. Immerhin ist der Milizcharakter dieser Lösung noch vorherrschend. Nun aber ist es die Gefahr des strategischen Überfalles, die uns gebieterisch stehende Truppen aufdrängt als erste Besatzung der kleinen Grenzwerte. Solange der Grenzschutz reinen Milizcharakter trägt, braucht er auch bei der besten Organisation einige Zeit, bis er abwehrbereit ist. Bei einem strategischen Überfall können aber gerade die ersten Stunden von ausschlaggebender Bedeutung sein. So kommen wir nicht darum herum, in geringer Zahl stehende Grenzschutztruppen aufzustellen, die zu jeder Zeit abwehrbereit sind und als ständige Besatzungen unsere neuen Grenzwerte halten. Auch für unsere längst bestehenden Grenz-Fortifikationen am Simplon, im Südteffin und bei Airolo werden ständige Besatzungen nötig sein, während für die übrigen Befestigungen am Gotthard und in St. Maurice, die nicht unmittelbar an der Grenze liegen, die bisherige Fortwache, die mehr den Charakter einer Polizei- und Sicherheitswache trägt, genügen dürfte. So geht die Entwicklung unzweideutig in der Richtung einer zahlenmäßig geringen stehenden Truppe zur ersten Sicherung der Grenzen und der Befestigungen. Vom reinen Milizsystem gelangen wir damit zu einem gemischten Wehrsystem, bei dem die eigentliche Milizarmee ergänzt wird durch stehende Truppen.

Aber nicht nur die moderne Strategie, auch die Fortschritte der Technik zwingen uns zu dieser Entwicklung. Vor allem bei der Fliegertruppe wird es immer schwieriger, im Rahmen des Milizsystems eine kriegsgenügende Ausbildung zu garantieren, und so werden wir wohl über kurz oder lang auch zur Aufstellung eines Berufspilotenkörpers schreiten müssen. Andere, von der Technik und ihren riesigen Fortschritten in hohem Maße abhängige Truppen (z. B. Funker und Telegraphenpioniere) werden vielleicht folgen müssen.

Daß der Weg zum gemischten System, wie er nun durch die Aufstellung der ersten freiwilligen Grenzschutzkompagnie beschritten wird, ohne große Schwierigkeiten erfolgen kann, ist ein weiteres Anzeichen für die grundsätzliche Wandlung in der Einstellung unseres Volkes zum Wehrwesen. Noch vor einem Jahr schien das Milizsystem fast ein unantastbares Heiligtum der Demokratie, an dem

niemand zu rütteln wagte, und noch am 17. April dieses Jahres schrieb der Bundesrat in der Botschaft zur Rüstungsvorlage über den Grenzschutz:

„Die sicherste Gewähr böte eine ständige Grenzschutztruppe. Sie ließe sich jedoch nur schaffen auf Grund einer Verfassungsänderung, da hiedurch das Milizsystem durchbrochen würde; wir müssen auf dem bestehenden verfassungsmäßigen Boden nach einer andern Lösung suchen.“

Wir haben im Doppelheft 4/5 dieser Zeitschrift vom August 1936 diese verfassungsmäßigen Hemmungen gegen den sachlich nötigen Ausbau unserer Landesverteidigung angeprangert. Schon vorher aber hatte sich der Bundesrat bekehrt und in der Botschaft zur neuen Truppenordnung bekannt gegeben:

„Die Frage, ob das Wehrsystem durch die Aufstellung stehender Truppen für den Grenzschutz ergänzt werden muß, wird geprüft.“ (Botschaft vom 19. Juni.)

Wie sich nun der Bundesrat mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen auseinanderzusetzen wird, ist uns nicht bekannt. Die Hauptsache ist, daß man heute die Landesverteidigung als wichtiger betrachtet und die Verfassung nötigenfalls eben abändert, wo sie dem zeitgemäßen Ausbau der Landesverteidigung entgegensteht.

Gottfried Zeugin.

Kultur- und Zeitfragen

Das Kunstmuseum in Basel.

Das neue Basler Kunsthaus bedeutet vielleicht die erste wirkliche Gestaltung in der neuesten Baukunst, das erste Mal, daß darin eine wirkliche Idee gegenständlich wird. Hier ist das nüchterne, rein stoffgebundene und von bloßen Gebrauchszwecken ausschließlich bestimmte Aufeinanderhäufen von Würfeln, die nichts Freies ausdrücken, sondern nur unter einem Nutzen gebunden sind, überwunden. Und es gibt nicht wenige, welche immer noch in dem reinen Gebrauchswert nicht den ganzen Sinn der Baukunst erblicken können. Dieser Charakter eines höheren, Geistiges aus sagenden Gestaltens ist hier aber nicht durch Ornamente oder andere Schmuckelemente erreicht, die an eine rein traditionelle oder sonst schematische Form von außen herangeklebt werden. Sondern hier ist zweierlei versucht worden. Erstens durch Gliederung der Masse über die reine und lastende Massenhaftigkeit hinaus zu kommen, zweitens durch Abwechseln in der Beschaffenheit des Materials auch dienende und schmückende Rhythmen zu setzen. Was die erstere anlangt, so ist der Gedanke, ein fensterloses Oberlicht-Geschoß durch ein anderes hindurch, welches eine Reihe Fenster trägt, auf einen machtvollen, aber nicht hervorspringenden Empfangs-Portikus im untersten Geschoß wuchten zu lassen, außerordentlich interessant und überzeugend: zugleich gebrauchsgerecht und ideell konstruktiv. Die Frage ist allerdings nur, wieviel von dieser Idee als ursprünglich übrigbleibt, wenn man den Dogenpalast in Venedig fortdenkt. Aber auf jeden Fall ist so ein monumentales Ganzes erstanden, welches durch die wechselnde Farbigeit des edlen Steines glücklich aufgelockert wird. Das Endergebnis ist von einer so kraftvollen und doch gelösten Festlichkeit, wie wir sie von keinem anderen zeitgenössischen Bau her kennen. Fast nirgends sonst ist es gelungen, die feiertäglichen Bedürfnisse des Menschen baulich zu verjinnbildlichen, sondern was auch diese Zeit in die Hand nahm — es wurden immer Bürohäuser.

Was minder zu loben ist, ist auch heute noch die Platzwahl für den neuen und an sich so schönen Bau. Es ist ganz klar, daß heute die Baukunst noch nicht den organischen Gemeinschaftsinstinkt wieder erreicht hat, der sie befähigen würde, in einer echten alten gewachsenen Umgebung ohne bloße Nachahmung und Mimikry